DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Periodical Part

Volkswirtschaft kompakt / BVR Research ; 2017

Provided in Cooperation with:
Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Berlin

Reference: Volkswirtschaft kompakt / BVR Research ; 2017 (2017).

This Version is available at:
http://hdl.handle.net/11159/2993

Kontakt/Contact
ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: *rights[at]zbw.eu*
https://www.zbw.eu/econis-archiv/

Standard-Nutzungsbedingungen:
Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

https://zbw.eu/econis-archiv/termsofuse

Terms of use:
This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence.

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

VOLKSWIRTSCHAFT KOMPAKT

Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte, Konjunktur

Herausgeber: Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken · BVR · Volkswirtschaft/Mittelstandspolitik
Verantwortlich: Dr. Andreas Bley · Schellingstraße 4 · 10785 Berlin · Telefon: 030 2021–15 00 · Telefax 030 2021–1904
Internet: http://www.bvr.de · E-Mail: volkswirtschaft@bvr.de

Nullzinspolitik der EZB untergräbt Sparwillen vieler Bundesbürger

Die Sparquote der privaten Haushalte lag im ersten Quartal 2017 mit 9,8 % leicht über ihrem Vorjahreswert. Ihre stabile Entwicklung zeigt, dass die deutschen Sparer zumindest in der Summe dem Nullzinsniveau trotzen und weiterhin sparen. Allerdings deuten Umfragen der Deutschen Bundesbank auf eine nachlassende Sparneigung vieler Bundesbürger hin. Mehr als ein Drittel der Befragten gab an, im Zuge der niedrigen Zinsen gar nicht oder weniger zu sparen. Das sind mehr als doppelt so viele wie im Jahr 2014. Die Zahlen legen nahe, dass die nachlassenden Sparanstrengungen vieler Bundesbürger aus wohl eher unteren Einkommenskohorten durch höhere Sparbeträge besser verdienender Bundesbürger ausgeglichen wurden.

Die niedrigeren Zinserträge sowie der nachlassende Sparwille bei mehr und mehr Bundesbürgern belasten die private Altersvorsorge in Deutschland. Unter den aktuellen Bedingungen haben besonders Bundesbürger aus der unteren Einkommenshälfte kaum eine Chance das rückläufige Versorgungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung mit privater Vorsorge auszugleichen. Die niedrigen Sparzinsen in Deutschland sind eine direkte Folge der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank.

Die Geldvermögensbildung stieg in 2016 um 7,1 % auf 201,9 Mrd. Euro. Bankprodukte waren erneut besonders gefragt. Unterm Strich flossen den Banken 117,7 Mrd. Euro zu. Sichteinlagen inklusive Bargeld waren aufgrund der niedrigen Verzinsung besonders beliebt. Länger laufende Bankeinlagen wurden hingegen unterm Strich abgestoßen. Ein Teil der privaten Haushalte ging im Zuge der niedrigen Verzinsung von risikoarmen Anlageformen erneut höhere Risiken im Tausch für höhere Renditen ein. Investmentfonds und börsennotierte Aktien waren bei den Bundesbürgern besonders beliebt. Das Versicherungssparen blieb in 2016 weitestgehend unverändert auf hohem Niveau. Im ersten Quartal 2017 setzten sich diese Trends fort. Der Bestand des Geldvermögens der privaten Haushalte lag Ende des ersten Quartals 2017 dieses Jahres bei 5.852,5 Mrd. Euro.

Inhalt

Sparen 2
Geldvermögensbildung 3
Geldvermögen 5

Jan Philip Weber
E-Mail: j.weber@bvr.de

Sparen

Nullzinspolitik der EZB untergräbt Sparwillen

Das Niedrigzinsniveau untergräbt zunehmend den Willen vieler Bundesbürger zu sparen und für das Alter vorzusorgen. Das bestätigt eine in diesem Frühjahr veröffentlichte Studie der Deutschen Bundesbank mit dem Titel „Sparverhalten im Niedrigzinsumfeld". Die Ergebnisse der dem Bericht zugrundeliegenden Umfrage zeigen einen signifikanten Rückgang der Spartätigkeit der Bundesbürger aufgrund des aktuellen Niedrigzinsniveaus.

Laut der Bundesbank haben 36,1 % der Befragten im Zuge der niedrigen Zinsen das Sparen verringert oder ganz eingestellt. Das waren mehr als doppelt so viele wie in 2014. Nur noch etwas mehr als die Hälfte der Befragten gab zuletzt an, ihr Sparverhalten im Zuge der Niedrigzinsen nicht verändert zu haben. Bei der Sommerbefragung 2014 hatten hingegen noch mehr als 75 % der Befragten angegeben, ihr Sparverhalten nicht verändert zu haben. Eine besondere Rolle bei der Verringerung der Sparbereitschaft dürften die Zinserwartungen der Bundesbürger spielen. Knapp 60 % der Befragten erwarten, dass die Zinsen noch lange bzw. mehr als 3 Jahre niedrig bleiben werden.

Die Umfragresultate zeichnen ein anderes Bild als die aggregierten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zum Sparverhalten der privaten Haushalte. Letztere zeigen keinen Rückgang der Sparanstrengungen in Deutschland. Vielmehr lag die Sparquote, d. h. das Verhältnis des Ersparten zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, im ersten Quartal 2017 mit 9,8 % 0,2 Prozentpunkte über ihrem Vorjahresvergleichswert. Die Ersparnisbildung hielt sich damit eng an der Entwicklung der verfügbaren Einkommen. In der Aggregation ihrer Ersparnisse zeigen sich die Sparer also weitestgehend unbeeindruckt von der Niedrigzinspolitik.

Die Deutsche Bundesbank erklärt die Diskrepanz zwischen Sparquote und der Sommerbefragung 2016 mit der unterschiedlichen Datenerhebungsmethodik. Während die Umfrage das Stimmungsbild der einzelnen Personen unabhängig ihrer Sparsummen abbildet, weisen die aggregierten Zahlen aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) allein die Summe des Ersparten aus. Private Haushalte mit sehr hohen Sparbeträgen dominieren daher in den Zahlen aus der VGR des Statistischen Bundesamtes. Geringsparer nehmen hingegen nur geringfügig Einfluss auf die Sparquote. Sparen also gerade Geringsparer weniger oder gar nicht mehr, dann hat dies kaum Einfluss auf die aggregierten Zahlen, wenn gleichzeitig wenige Vielsparer ihre Sparaktivitäten ausweiten, indem sie zum Beispiel ihr Engagement an den Aktienmärkten erhöhen.

Die niedrigere Spartätigkeit in Teilen der Bevölkerung ist eine gravierende Nebenwirkung der Nullzinspolitik der EZB, auch wenn diese im Aggregat von anderen Haushalten kompensiert wird. Gerade diejenigen unter den entmutigten Sparern, die eher unteren Einkommensschichten angehören, werden die Folgen des künftigen Leistungsrückganges der gesetzlichen Rente eines Tages besonders zu spüren bekommen. Denn, es ist die Idee der privaten Altersvorsorge, über geringe aber regelmäßige Geldbeträge die drohende Rentenlücke für den Einzelnen zu schließen. Niedrigere Zinserträge sowie das Aussetzen oder Verringern von solchen Sparbeträgen werden aber das Schließen der drohenden Rentenlücke erschweren oder unmöglich machen.

Das niedrige Zinsniveau in Deutschland ist eine Folge der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank. Vor dem Hintergrund der schädlichen Wirkungen auf die private Altersvorsorge aber auch der steigenden Risiken für die Finanzstäbilität sollte die EZB im Laufe dieses Jahres von ihrem aktuellen geldpolitischen Kurs abrücken. Bis spätestens zum Herbst 2017 sollte sich der geldpolitische Rat auf einen konkreten Fahrplan für den Ausstieg aus der sehr expansiven Geldpolitik verbindlich einigen.

Die Voraussetzungen für eine weniger expansive Geldpolitik im Euroraum sind schon seit Längerem von Seiten der Inflations- und Wachstumsaussichten im Euroraum erreicht. Zum einen befindet sich die Wirtschaft im Euroraum auf einem robusten Expansionspfad. Zum anderen zeigen die Verbraucherpreise eine robuste Erholung, die in 2017 anhalten dürfte. Seit Sommer 2016 erhöhte sich die Inflationsrate im Euroraum von null auf zuletzt 1,3 %. Sie lag damit nicht weit entfernt vom EZB-Inflationsziel von nahe aber weniger als 2 %.

Geldvermögensbildung

Bundesbürger bilden mehr Geldvermögen

Die privaten Haushalte in Deutschland haben ihre Geldvermögensbildung zuletzt gesteigert. In 2016 bildeten die Bundesbürger 201,9 Mrd. Euro an Geldvermögen. Das waren 7,1 % mehr als 2015. Die Geldvermögensquote, d. h. der Anteil der Geldvermögensbildung am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, legte im vergangenen Jahr um 0,4 Prozentpunkte auf 10,8 % zu. Im ersten Quartal 2017 setzte sich dieser Trend fort.

Der Anstieg der Geldvermögensbildung wurde zuletzt vor allem von der erhöhten Ersparnisbildung dank solider Einkommensanstiege und einer höheren Kreditaufnahme getragen. Während die Sparsumme der privaten Haushalte in 2016 um 5,7 auf 180,9 Mrd. Euro zulegte, kletterte die Kreditaufnahme um mehr als 10 auf 47,8 Mrd. Euro. Die netto empfangenen Vermögensübertragungen, zu denen unter anderem staatliche Zuschüsse aber auch Vermögensabgaben zählen, gingen hingegen in 2016 leicht zurück.

Die Sachvermögensbildung stieg im Zuge der höheren Kreditaufnahme und Ersparnis ebenfalls an, wenn auch nicht so stark wie die Geldvermögensbildung. In 2016 kletterte die Sachvermögensbildung auf 29,3 Mrd. Euro. Für 2016 lag das gesamte Mitteklaufkommen, d. h. die Summe aus Geld- und Sachvermögensbildung bei 231,2 Mrd. Euro. In 2017 setzte sich diesr Trend fort.

Der geringere Anstieg der Sachvermögensbildung mag angesichts des Immobilienbooms in Deutschland überraschen. Allerdings weist die Sachvermögensbildung nur die um Abschreibungen korrigierten Bruttoinvestitionen aus. Letztere stiegen laut den Zahlen des Statistischen Bundesamtes in 2016 um mehr als 11 Mrd. Euro. Der Anstieg der Bruttoinvestitionen gleicht damit mehr oder weniger dem Anstieg der Kreditaufnahme der Bundesbürger, die ihr Sachvermögen in 2016 stärker fremdfinanzierten.

Vermögensbildung der privaten Haushalte[1] Tabelle 1

	2012	2013	2014	2015	2016	2017/I[4]
			in Milliarden Euro			
Verfügbares Einkommen	1.695,6	1.719,8	1.759,5	1.811,2	1.862,4	1.878,7
Private Konsumausgaben	1.538,0	1.565,7	1.594,4	1.636,0	1.681,5	1.695,1
Sparen	157,6	154,1	165,1	175,2	180,9	183,6
Empfangene Vermögensübertragungen (netto)	7,9	9,2	7,0	3,2	2,4	2,5
Eigene Anlagemittel	165,5	163,3	172,2	178,4	183,4	186,1
Kreditaufnahme	16,8	12,4	21,3	37,4	47,8	48,0
Gesamtes Mittelaufkommen[5]	182,3	175,7	193,5	215,8	231,2	234,1
Sachvermögensbildung[2]	29,7	28,1	28,9	27,3	29,3	31,3
Geldvermögensbildung[5]	152,6	147,6	164,6	188,5	201,9	203,9
nachrichtlich:						
Geldvermögensbildung (netto)[3]	135,8	135,2	143,3	151,1	154,1	155,9
			in Prozent			
Sparquote	9,3	9,0	9,4	9,7	9,7	9,8
Geldvermögensbildung in % des verfügbaren Einkommens	9,0	8,6	9,4	10,4	10,8	10,9
Sachvermögensbildung in % des verfügbaren Einkommens	1,8	1,6	1,6	1,5	1,6	1,7

[1] einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck
[2] Nettoinvestitionen einschließlich des Nettozugangs an Wertsachen und nichtproduzierten Vermögensgütern
[3] Geldvermögensbildung (brutto) abzüglich der Kreditaufnahme
[4] 1. Quartal 2017 (4-Quartalssumme)
[5] Aufgrund v. Revisionen besteht für das 1. Quartal 17 eine statistische Abweichung zw. den Zahlen aus der VGR und der Finanzierungsrechnung

Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, BVR

Geldvermögensbildung

Bankeinlagen bleiben beliebt

Bankprodukte erfreuten sich in 2016 erneut großer Beliebtheit. Trotz der Nullzinspolitik der EZB, die sich in niedrigen Sparzinsen widerspiegelt, parkten die Bundesbürger 117,7 Mrd. Euro bei Banken. Das waren 19,6 Mrd. Euro mehr als 2015. Die besonders liquiden aber nicht verzinsten Sichtguthaben verzeichneten mit 129,6 Mrd. Euro einen besonders hohen Zufluss. Gleichwohl fiel dieser knapp niedriger aus als in 2015. Länger laufende Einlageklassen, wie Sparbriefe und Spareinlagen verzeichneten Abflüsse in Höhe von 5,8 und 7,9 Mrd. Euro. Termingelder konnten trotz des niedrigen Zinsumfeldes im vergangenen Jahr hingegen leicht um 1,9 Mrd. Euro zulegen. Im ersten Quartal dieses Jahres setzte sich dieser Trend fort.

Versicherungen konnten hingegen wieder einen Großteil der für die Geldvermögensbildung verwendeten Gelder auf sich ziehen. In 2016 wurden insgesamt 84,3 Mrd. Euro für das Versicherungssparen verwendet. Das waren 2,5 Mrd. Euro mehr als in 2015. In diesem Jahr blieb der Zuspruch weiterhin hoch. Gemessen wird das Versicherungssparen über die buchhalterisch erfassten versicherungstechnischen Rückstellungen.

Anteilsrechte verzeichneten weiterhin stattliche Zuflüsse. Vor dem Hintergrund der niedrigen Verzinsung vergleichsweise risikoloser Anlageklassen, wie z. B. Spar- und Termineinlagen, griffen die Bundesbürger wieder bei Aktien und Investmentfonds zu. Unterm Strich erhöhten die Bundesbürger in 2016 ihr Engagement in Aktien um mehr als 4 Mrd. auf 16,8 Mrd. Euro. Investmentfonds verzeichneten einen um 7 Mrd. niedrigeren Zufluss in Höhe von 28,5 Mrd. Euro. Im ersten Quartal 2017 blieb die Nachfrage nach mehr Risiko unterm Strick unverändert. Die höhere Beliebtheit von risikoreicheren aber höher verzinsten Anlageprodukten deckt sich mit der Sommerbefragung 2016 der Deutschen Bundesbank zum Sparverhalten der Bundesbürger. So hatten rund 16,5 % der Befragten angegeben, aufgrund des Niedrigzinsniveaus ihr Geld anders anlegen zu wollen. Rentenpapiere hatten hingegen weiterhin unter der niedrigen Verzinsung zu leiden. Unterm Strich stießen die Bundesbürger Rentenpapiere im Wert von 13,4 Mrd. Euro in 2016 ab. In 2017 setzte sich der Trend etwas schwächer fort. Seit Ausbruch der Finanzmarktkrise in 2008 konnten Rentenpapiere auf Jahressicht keinen Zufluss mehr verzeichnen. Weniger gefragt waren dabei besonders längerfristige Papiere.

Geldvermögensbildung der privaten Haushalte[1] Tabelle 2

	2012	2013	2014	2015	2016	2017/I[6]
	in Milliarden Euro					
Geldvermögensbildung insgesamt	152,6	147,6	164,6	188,5	201,9	203,9
bei Banken[2]	77,4	63,5	88,9	98,1	117,7	121,5
Sichtguthaben[3]	93,6	98,7	92,8	130,2	129,6	135,2
Termingelder	-6,1	-10,4	9,3	-10,8	1,9	1,0
Spareinlagen	-0,1	-8,7	-2,2	-11,5	-7,9	-7,6
Sparbriefe	-9,9	-16,1	-10,8	-9,8	-5,8	-6,9
bei Versicherungen[4]	78,5	77,1	91,7	81,8	84,3	81,2
in Wertpapieren	-17,2	-7,2	18,7	31,9	34,3	32,7
Rentenwerte[5]	-17,1	-18,1	-20,3	-18,4	-13,4	-11,1
Aktien	-3,5	-5,3	9,9	12,5	16,8	8,2
Investmentzertifikate	0,2	13,3	26,5	35,5	28,5	33,2
Sonstige Anteilsrechte	3,1	3,0	2,4	2,4	2,4	2,4
Sonstige Forderungen	13,9	14,1	-34,6	-23,3	-34,5	-31,5

[1] einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck
[2] im In- und Ausland
[3] einschließlich Bargeld
[4] einschließlich Pensionskassen und -fonds, berufsständische Versorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen
[5] einschließlich Geldmarktpapiere
[6] 1. Quartal 2017 (4-Quartalssumme)

Quelle: Deutsche Bundesbank, BVR

Geldvermögen

Bundesbürger bevorzugen Bankeinlagen

Das Geldvermögen der Bundesbürger hat in 2016 um 4,7 % auf 5.763,0 Mrd. Euro zugelegt. Der Anstieg fiel damit ähnlich hoch aus wie in den beiden Jahren zuvor. Absolut betrachtet erhöhte sich das Geldvermögen um 259,8 Mrd. Euro. Im ersten Quartal stieg das Geldvermögen dann noch einmal auf 5.852,5 Mrd. Euro. Der Zuwachs an zusätzlichem Geldvermögen setzt sich aus zwei Komponenten zusammen: der Geldvermögensbildung und den Kursgewinnen auf das Bestandsvermögen. Der Vermögenszuwachs der privaten Haushalte bei Banken und Versicherungen liegt in der Regel nahe der Geldvermögensbildung.

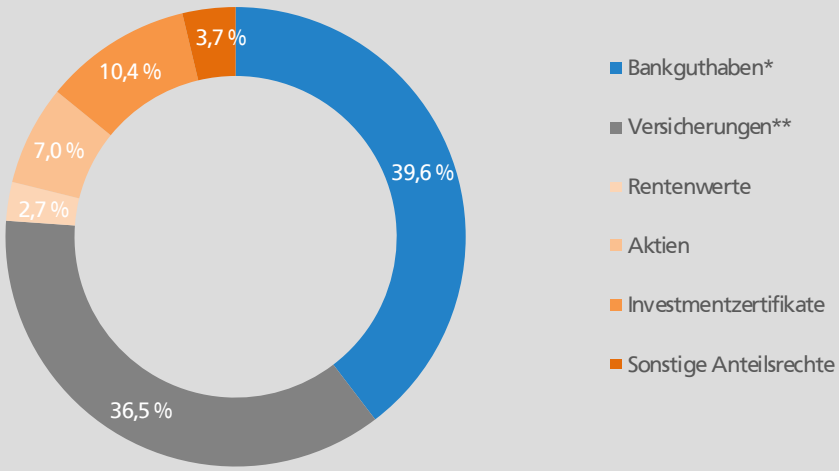
Anders sieht das bei Wertpapieren aus, bei denen sich zusätzlich zur Geldvermögensbildung auch die Kursschwankungen direkt auf den Vermögensbestand auswirken. Dank der guten Entwicklung an den Aktienmärkten verzeichnete insbesondere das in Aktien und Investmentfonds gehaltene Vermögen einen Anstieg, der deutlich über die Geldvermögensbildung hinausging. Während das in Aktien gehaltene Geldvermögen in 2016 um 33 Mrd. Euro bzw. 9,3 % zunahm, legte das Investmentfondsvermögen der privaten Haushalte um 37,9 Mrd. Euro bzw. 7,0 % binnen Jahresfrist zu.

Den größten Posten im Portfolio der Bundesbürger nehmen traditionell die Bankguthaben ein. Sie machen etwas weniger als 40 % des gesamten Geldvermögens der privaten Haushalte aus. Sichtguthaben bilden dabei den größten Posten. Der Anteil des Versicherungsvermögens lag zuletzt bei etwas weniger als 37 %. Das in Aktien und Invetmentfonds gehaltene Vermögen lag zum Ende des ersten Quartals 2017 bei 17,4 % des Gesamtportfolios. Rentenwerte und sonstige Anteilsrechte machten einen Anteil von 6,4 % am gesamten Geldvermögen aus.

Datengrundlage

Die Zahlen zum Geldvermögen und zur Geldvermögensbildung lassen keine Rückschlüsse auf die Verteilung des Geldvermögens zu. Umfragen zum privaten Vermögen zeigen, dass sich das Vermögen zwischen den Alters- und Einkommenskohorten stark unterscheidet. So zeigen z. B. Bundesbürger aus höheren Einkommenskohorten im Schnitt ein deutlich höheres Engagement an den Aktienmärkten. Auch bilden Haushalte der unteren Einkommenskohorten oft gar keine Ersparnisse. Darüber hinaus lässt sich die Vermögensverteilung nur unter Einbeziehung des Sachvermögens, wie z. B. Immobilien, sinnvoll analysieren. ■

Aufteilung des aggregierten Geldvermögens in Deutschland Abbildung 1
1. Quartal 2017



* einschließlich Bargeld
** einschließlich Pensionskassen und -fonds, berufsständische Versorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen
Quelle: Deutsche Bundesbank, BVR

Geldvermögen

Geldvermögen der privaten Haushalte[1] Tabelle 3

	2012	2013	2014	2015	2016	2017/I[5]
	Bestand am Jahresende in Milliarden Euro					
Geldvermögen insgesamt	4817,7	5015,3	5250,3	5503,2	5763,0	5852,5
bei Banken[2]	1942,3	2005,1	2090,1	2189,7	2304,8	2319,1
bei Versicherungen[3]	1759,5	1847,0	1945,1	2027,3	2111,4	2135,6
in Wertpapieren	1115,9	1163,3	1215,2	1286,1	1346,9	1397,7
Rentenwerte[4]	238,2	216,0	197,9	173,6	160,2	159,6
Aktien	259,1	299,4	313,6	354,1	387,1	411,8
Investmentfonds	420,1	449,5	497,7	544,3	582,2	608,5
Sonstige Anteilsrechte	198,4	198,3	206,0	214,0	217,4	217,9
Verbindlichkeiten insgesamt	1569,1	1580,6	1603,3	1638,4	1687,0	1694,5
Kredite	1553,2	1564,6	1586,4	1623,0	1671,0	1677,7
Sonstige Verbindlichkeiten	15,9	16,0	16,9	15,4	16,0	16,8
	Tausend Euro je Haushalt					
Geldvermögen	121,3	125,6	130,5	135,0	140,3	142,5
Verbindlichkeiten	39,5	39,6	39,9	40,2	41,1	41,2
Nettogeldvermögen	81,8	86,0	90,7	94,8	99,2	101,2
	Tausend Euro je Person					
Geldvermögen	59,8	62,1	64,7	67,0	69,6	70,7
Verbindlichkeiten	19,5	19,6	19,7	19,9	20,4	20,5
Nettogeldvermögen	40,3	42,5	44,9	47,0	49,2	50,2
	in Prozent des verfügbaren Einkommens					
Geldvermögen	284,1	291,6	298,4	303,8	309,4	311,5
Verbindlichkeiten	92,5	91,9	91,1	90,5	90,6	90,2
Nettogeldvermögen	191,6	199,7	207,3	213,4	218,9	221,3

Struktur des Geldvermögens

	Anteile in Prozent					
Geldvermögen insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
bei Banken[2]	40,3	40,0	39,8	39,8	40,0	39,6
bei Versicherungen[3]	36,5	36,8	37,0	36,8	36,6	36,5
in Wertpapieren	23,2	23,2	23,1	23,4	23,4	23,9
Rentenwerte[4]	4,9	4,3	3,8	3,2	2,8	2,7
Aktien	5,4	6,0	6,0	6,4	6,7	7,0
Investmentfonds	8,7	9,0	9,5	9,9	10,1	10,4
Sonstige Beteiligungen	4,1	4,0	3,9	3,9	3,8	3,7
Verbindlichkeiten insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
kurzfristige Kredite	4,6	4,3	4,1	3,8	3,4	3,4
langfristige Kredite	94,4	94,7	94,9	95,3	95,7	95,6
Sonstige Verbindlichkeiten	1,0	1,0	1,1	0,9	0,9	1,0

[1] einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck
[2] im In- und Ausland einschließlich sonstige Forderungen
[3] einschließlich Pensionskassen und -fonds, berufsständische Versorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen
[4] einschließlich Geldmarktpapiere
[5] 1. Quartal 2017 (4-Quartalssumme)

Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, BVR